

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Verpaßt Europa den Anschluss?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1968) : Verpaßt Europa den Anschluss?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 3, pp. 113-114

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133815>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verpaßt Europa den Anschluß?

Wenn die Prognosen des französischen Journalisten Jean-Jacques Servan-Schreiber zutreffen, werden die heute noch reichen europäischen Staaten schon in fünfzehn Jahren auf der Seite der wirtschaftlich Machtlosen stehen — ausverkauft an die übermächtige Industrie der Vereinigten Staaten. Spenglers 45 Jahre alte Thesen vom Untergang des Abendlandes werden von Servan-Schreiber — wenn auch auf anderer Ebene — voll unterstützt. Die düsteren Visionen einer europäischen Kolonialisierung und einer damit verbundenen politischen Entmündigung fanden in der kurzen Zeitspanne seit dem Erscheinen des Buches mit dem Titel „Die amerikanische Herausforderung“ bereits eine halbe Million Käufer.

Dabei sind Thesen und Schlußfolgerungen über die Gefahr und die Abwehr des wirtschaftlichen Aggressors USA nicht einmal neu. Denn die Kennzeichen der europäischen Unterlegenheit — die drei „Gaps“ in der Forschungstätigkeit, in der Technologie und im Management, die durch kleinbürgerliches Nationalstaatsdenken nur noch gefördert werden — wurden bereits vorher in der großen Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen über die US-Investitionen herausgestellt. Sie tauchen auch in der schon ein Jahr alten gemeinsamen Stellungnahme von EWG, EURATOM und Hoher Behörde auf und entsprechen den neuesten Untersuchungsergebnissen einer OECD-Studie, die fast gleichzeitig mit der „amerikanischen Herausforderung“ veröffentlicht wurde. Auch wenn man von den dramatisierenden journalistischen Formulierungen Servan-Schreibers erhebliche Abstriche macht, dürfte die einheitliche Diagnose eines mit aller Deutlichkeit klarmachen: die europäische Industrie droht auf ihrem eigenen Markt tatsächlich und endgültig ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Eine Chance, diese Entwicklung abzuwenden, sieht der französische Augur allein in einem Zusammenschluß zu europäischen Industriekomplexen in einem unter freihändlerischer Ausrichtung vereinigten Europa. Der europäische Föderalismus soll bei jeder Art von Gemeinschaftsprojekten zurücktreten. Die Industrie- und Wissenschaftspolitik soll auf supranationaler europäischer Ebene intensiviert werden.

Die Gründung des gemeinsamen europäischen Marktes hätte die Möglichkeit zur Realisierung dieses Programms geben können. Aber Europa blieb auf halbem Weg stehen. Gehindert durch die große Zahl unterschiedlicher Regelungen und Gesetze im Bereich der Steuern, der Sozialordnung, des Gesellschaftsrechts, des Wettbewerbsrechts etc. blieb der Schritt von den für kleine Märkte dimensionierten Unternehmen zu den großmarktorientierten Industriekomplexen aus. Gesetze, die den Zusammenschluß von Unternehmen zu langfristig existenz- und wettbewerbsfähigen supranationalen Einheiten begünstigen, fehlen bisher in allen Partnerstaaten noch völlig. In der Bundesrepublik feierte man unlängst — und das voller Stolz — das zehnjährige Bestehen eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das — geboren aus alten liberalen Idealen — den Wettbewerb kleiner und kleinster Unternehmen zum Leitbild hat. Gesetze dieser Art können den Erfordernissen der veränderten europäischen Marktsituation nicht mehr ge-

nügen. Sie müssen geändert werden. Das aber verlangt eine engere Zusammenarbeit der Partnerstaaten, die Aufgabe der hinter dem „Europa der Vaterländer“ verborgenen Idee europäischer Kleinstaaterei und ein uneingeschränktes Bekenntnis zu den Zielen der römischen Verträge.

Doch ist weder das Kartellrecht noch irgendeine andere Vorschrift allein für die mangelnde Bereitschaft zu Zusammenschlüssen verantwortlich zu machen. Gerade das amerikanische Beispiel beweist, daß Großunternehmen trotz strengster einengender Gesetze entstehen und langfristig existieren können. Die Ursachen liegen nicht nur in den Gesetzen, sondern in der Heranbildung eines Managements in den USA, dem das immer noch alten Traditionen verhaftete europäische Unternehmertum bisher kaum etwas Gleichwertiges entgegensetzen hat.

Selbst wenn diese Mängel beseitigt werden könnten, dürften industrielle Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene aber kaum über die Vorteile primärer Aufschließungseffekte hinauskommen. Denn ihre langfristige Konkurrenzfähigkeit wird entscheidend durch zu geringe eigene Forschungsinvestitionen und mangelhafte Bildungsausgaben der einzelnen Staaten beeinträchtigt. Bei allen Bedenken gegenüber der internationalen Vergleichbarkeit von Statistiken auf diesem Gebiet kann man nicht übersehen, daß die europäischen Staaten, die sich ohne Ausnahme immer noch als Völker der Dichter und Denker rühmen, hier den Anschluß bereits verpaßt zu haben scheinen.

Die Anzahl der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten liegt in den USA viermal so hoch, der Anteil der graduierten Naturwissenschaftler an einem Jahrgang dreimal so hoch wie in der EWG. Der Anteil für Forschungsausgaben am Sozialprodukt ist in den USA mehr als doppelt so groß wie in der BRD und etwa fünfmal so groß wie in Italien. Forschung und Entwicklung spielen beim Kampf um die Etats offenbar immer noch eine untergeordnete Rolle. Eine Reform des veralteten Ausbildungssystems wird zwar ständig diskutiert, aber immer wieder zerredet. Man sieht die wachsende Zahl von Wissenschaftlern im Ostblock und die daraus resultierenden Gefahren einer Überflügelung auch von dieser Seite, hält aber Abendabitur und Fernstudium mit der Arroganz des „Vollakademikers“ weiterhin für minderwertige Ausbildungswege.

Verschärft wird dieser Zustand zusätzlich dadurch, daß die Industrie in ihrer traditionellen Struktur gar nicht darauf vorbereitet ist, eine wachsende Zahl besser qualifizierter Kräfte einzustellen. Die unbegreifliche Warnung des DIHT — der Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern — vor einer Akademikerschwemme wirft ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Einstellung vieler Unternehmen und Branchen, deren Position noch durch eine staatliche Wirtschaftspolitik unterstützt wird, die Subventionen und Außenhandelsrestriktionen zur Erhaltung der bestehenden Struktur einsetzt. Unternehmens- und Wissenschaftspolitik laufen noch völlig unkoordiniert nebeneinander her. Selbst bei industriellen Zusammenschlüssen dürfte deshalb kaum ein Zweifel daran bestehen, daß sich der wirtschaftliche Abstand gegenüber den USA bei dieser Konstellation eher noch weiter vergrößern als verringern wird.

Der Ausweg kann daher nicht in Lösungen liegen, bei denen überholter Nationalismus durch nicht weniger kleinkariertes Europagefühl ersetzt wird. Die Zukunft der europäischen Wirtschaft liegt nicht in einem starrsinnigen Alleingang. Anstatt Doppelforschungen und -arbeiten gegenüber den USA zu betreiben, sollte man eine stärkere Zusammenarbeit mit amerikanischen Partnern suchen, um auf diese Weise an ihrem technologischen Potential zu partizipieren. Noch haben nämlich die bisherigen Erfahrungen nicht bewiesen, daß derartige Unternehmen den Ruin Europas bedeuten, und es gibt wohl keinerlei stichhaltige Gründe dafür. Der italienische Vorschlag zur Verwirklichung eines technologischen Marshallplans, nach dem die USA etwa zehn Jahre lang wissenschaftliche und technologische Hilfe an Europa geben sollen, scheint ein durchaus sinnvoller Weg zu sein. Aber er muß bald gegangen werden. Jedes Zögern in Europa erhöht die Gefahr, endgültig den Anschluß zu verlieren.

Dietrich Kobschull